

Nebroner Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.- RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wihl, Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadreß: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: bei 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restameteil 20 Pf. Anzeigenannahme am Drucktag bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostamt Nebra — Bankverein Artzen.

№ 46

Sonnabend, den 16. April 1932.

45. Jahrgang

Das Verbot der SA.

Notverordnung vom Kabinett einstimmig beschlossen. — Die Schließung der verdorbenen Heime und Bistros bereits durchgeführt.

— Berlin, 14. April.

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist die Notverordnung des Reichspräsidenten, durch die die SA- und SS-Organisationen der NSDAP verboten werden, vom Reichskabinett einstimmig beschlossen worden. Die Verordnung trägt den Titel: „Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität vom 13. April 1932“ und besteht aus vier Paragraphen. Die Verordnung lautet:

§ 1.
Sämtliche militärischen Organisationen der NSDAP, insbesondere die Sturmabteilungen (SA), die Schutzstaffeln (SS) mit allen dazugehörigen Stäben und sonstigen Einrichtungen einschließlich der SA-Beobachter, SA-Referate, Motorreferate, Marinefernen, Kellerfernen, Fliegerfernen, Kraftfahrfernen, Sanitätsfernen, Führerfernen, der SA-Kameren und der Zeugnisfernen werden mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

§ 2.
Die zur Zeit der Auflösung im Besitz der aufgelösten Organisation oder eines Teiles ihrer Mitglieder befindlichen Gegenstände, die den militärischen Zwecken der Organisation gewidmet sind, sind dem Reichspräsidenten zur Verfügung zu stellen, können polizeilich sichergestellt werden. Auf Verlangen des Reichspräsidenten des Innern muß dies geschehen.

§ 3.
Wer sich an einer Organisation, die auf Grund dieser Verordnung aufgelöst worden ist, als Mitglied betätigt oder sie auf andere Weise unterstützt oder den durch die Organisation geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrecht erhält, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe erkannt werden.

§ 4.
Diese Verordnung tritt mit Ausnahme des § 3 mit ihrer Verkündung in Kraft; § 3 tritt mit dem zweiten Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die Durchführung obestehender Verordnung, die vom Reichspräsidenten, vom Reichsanwalt, vom Reichsminister des Innern und vom Reichsjustizminister unterzeichnet worden ist, wird in einer zweiten Verordnung geregelt, die folgende Bestimmungen enthält.

Die Wohnungsräumung in den SA-Heimen.

Soweit bei der Durchführung der Auflösung der im § 1 bezeichneten Organisationen SA-Heime oder ähnliche Einrichtungen aufgelöst werden, in denen Mitglieder der aufgelösten Organisationen wohnen, ist dafür Sorge zu tragen, daß diese Personen nicht der Obdachlosigkeit verfallen. Die Polizeibehörde hat ihnen zu diesem Zweck entweder eine angemessene Räumungsrufe zu geben, die ihnen die Erlangung einer anderen Unterkunft gestattet oder im Bedeuten mit den Behörden der öffentlichen Fürsorge dafür Sorge zu tragen, daß sie eine andere Unterkunftsöglichkeit erlangen und für eine angemessene Lebensunterhalt ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Die Sicherstellung.

Der polizeilichen Sicherstellung unterliegen insbesondere sämtliche zum Dienstleistung der SA gehörende Befehls- und Ausführlingsgegenstände einschließlich der Waffenschäfte, wie sie im einzelnen auf Seite 105 ff. der Dienstverpflichtung für die SA aufgeführt sind. Der Sicherstellung unterliegen ferner die Fahnen und Standarten, sowie alle sonstigen Gegenstände, die den militärischen Zwecken der Organisation gewidmet sind oder zu dienen bestimmt waren, wie z. B. Flugzeuge, Kraftfahrzeuge, sonstige Mittel zur Verwirklichung des Nachrichten- und Befehlsverkehrs, Sanitätsmaterial, Instrumente der Spielmann- und Musikzüge, Festschloß, Zelte.

Kurz nach der Veröffentlichung des Verbots der SA und der SS begann in Berlin und in anderen Teilen des Reiches bereits die Schließung der SA- und SS-Heime, sowie der Bistros dieser Formationen durch die Polizei. Allerdings erschienen starke Polizeikommandos, die die Schließung dieser Heime durchführten und das vorgefundene schriftliche Material sowie die Kartellen beschlagnahmten.

Die Gründe für das Verbot der SA.

Zur Begründung für das Verbot der SA und SS wird eine längere amtliche Mitteilung verbreitet, in der es u. a. heißt:

„Die Auflösung dieser Organisationen ist gemäß den Grundgesetzen des Staatlichen Lebens notwendig, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten und die Staatsautorität vor weiteren schweren Beeinträchtigungen zu bewahren.“

Die genannten Organisationen sind in allen äußeren Dingen bis in Kleinigkeiten den militärischen Formationen nachgebildet. Sie stellen ein B i r o a b h ä n g i g e s Partei-Verband, wenn auch zum Teil unabhängig. Auch ohne schwere Waffen können solche Gruppen jederzeit Gewaltthaten

durchführen und Teile der Bevölkerung unter den Druck eines Zwanges stellen.

Schon das Vorhandensein einer solchen Kampforganisation, die einen Staat Staat selbst ist eine Quelle steter Beunruhigung für die friedliche Bürgerschaft. Die Entwicklung führt folgerichtig zu Zusammenstößen und letzten Endes zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen.

Nun sind von den Führern der aufgelösten Organisationen Verlautbarungen abgegeben worden. Selbst wenn solche Erklärungen völlig ernst gemeint sind, so ist doch unabweisbar, daß in einem Rechtsstaat die Gewalt lediglich bei den verfassungsmäßigen Organen des Staates selbst organisiert sein darf. Jede private Gewaltorganisation kann deshalb ihrem Wesen nach keine legale Einrichtung sein. Es besteht auch die Gefahr, daß eine solche, nach allen ihren Einrichtungen und Verhältnissen auf den Kampf im Innern einrichtete Organisation eines Tages die Partei selbst in die Unzufriedenheiten und letzten Endes zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen.

Danon abgesehen waren bei den aufgelösten Organisationen zahlreiche schwerwiegende Ordnungswidrigkeiten und Verbrechen festzustellen. Diese haben größte Beunruhigung in weite Teile der Bevölkerung getragen. Polizeiliche und gerichtliche Stellen sind mit der Prüfung von umfangreichem Material befaßt.

Der Ausgang dieser Verfahren braucht aber nicht abgemerkt zu werden, da die Auflösung der Organisationen aus staatspolitischen Gründen erfolgt und von dem Ergebnis der Aufklärung, ob und in welchem Umfange strafbare Handlungen einzelner begangen worden sind, völlig unabhängig ist.

Die Maßnahme der Auflösung dient der Staatserhaltung selbst. Sie entwirrt eine streng überparteilichen, nach allen Seiten gleiches Maß anwendenden Einstellung der Reichsregierung. Es geht nicht um Parteien oder Regierungen, es geht um den deutschen Staat selbst. Keine Reichsregierung kann es dulden, daß irgendeine Partei den Versuch macht, einen Staat im Staate zu bilden und sich Machtmittel schafft, durch die sie in der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen.

Auch der Rote Frontkampfbund ist im Jahre 1929 der Auflösung verfallen, weil er eine Gefahr für die Staatserhaltung von Schwerkraft und Bedenken geworden war.

Wir müssen in den kommenden Monaten gegen die Wirtschaftskrisen mit letztmittigen Mitteln angehen. Wir müssen in schicksalhaften außenpolitischen Verhandlungen um Lebensrecht und Freiheit kämpfen. Die erste Bedingung für das Gelingen der Rettungsaktion ist das Vertrauen des deutschen Volkes in die Festigkeit seiner staatlichen Verhältnisse.

Das deutsche Volk lebt unter einer freibleibenden Verfassung. Freiheit hat aber nicht gegeben ohne Ordnung. Im Interesse der Ordnung muß volle Klarheit darüber geschaffen werden, daß in Deutschland der Staat und nur der Staat mit fester Hand Recht und Gesetz aufrecht erhält. Die Reichsregierung muß sich in der Ausübung der Angelegenheiten der großen Wehrmacht der Völkervereinigungen einig. Sie ist fest entschlossen, auch in Zukunft jeden Versuch, einen Staat im Staate zu bilden, ohne Ansehen der Person und der Partei mit allen Nachmitteln des Staates rücksichtslos einzuschreiten.

Die Auflösung der militärischen Organisationen der NSDAP soll nach den Bestimmungen des Reichspräsidenten des Innern ohne Härte durchgeführt werden. Die NSDAP selbst wird durch die Verordnung nicht beseitigt. Sie steht im Rahmen der Gesetze die gleiche Betätigungsfreiheit zu, wie allen anderen Parteien.

Über allen Parteien aber steht das deutsche Vaterland. Seinem Wohl zu dienen, ist der oberste und höchste des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung.“

Nach dem Verbot der SA.

keine Unterredung Groener-Hitler. — Ein nationalsozialistischer Bericht.

Berlin, 15. April.

Die Schließung der SA-Heime ist überall in den Ländern und in den Städten, abgesehen von einigen Demonstrationen, mit denen die Polizei ziemlich gemüßigt fertig wurde, reibungslos und ruhig verlaufen. Die bei der Durchführung der Polizeikontrolle gegen die SA durch die NSDAP verfallenen 20 Nationalsozialisten wurden im Laufe des Donnerstags nach längeren Verhören, wieder auf freien Fuß gesetzt. Nach Ansicht des Reichsleiters der Nationalsozialisten, Dr. Roese, wird es zu einer Anklageerhebung nicht kommen, da die geforderten Unterlagen dazu fehlen. — In Leipzig ist eine nationalsozialistische Versammlung durch die Polizei aufgelöst worden. Der Redner, der Landtagsabgeordnete Ewaldowitz, hat nach Mitteilung des Reichspräsidenten den Reichspräsidenten und Mitglieder der Reichsregierung schwer beleidigt. Der Abgeordnete ist wegen der Schwere der Beleidigungen sowie wegen vorliegender Verdunkelungsgefahr unter vorläufiger Inhaftnahme der Staatsanwaltschaft zugewiesen worden.

Minister Klages über das Verbot.

Innenminister Klages, der bekanntlich selbst der NSDAP angehört, teilte einem Pressevertreter im Zusammenhang mit dem Verbot der SA und SS mit, er werde trotz seines an die Reichsregierung gegebenen Protestes die Notverordnung auch im Lande Braunschweig durchzuführen, um Differenzen zwischen Braunschweig und Berlin

zu vermeiden. Dahingestellt bleibe, ob es zweckmäßig sei, gegen die Reichsnotverordnung Klage beim Reichsgericht einzulegen. Beschlüsse seien hierüber noch nicht gefaßt. Sicher ist jedoch, daß man sich mit dieser Frage beschäftigen und ihre juristische Seite prüfen werde. Die SS und SA seien aufgelöst.

Der Auflösung seien auch die SS- und SA-Führerschule in Arien und die SS-Kommandoteile in Braunschweig verfallen. Das Eigentum dieser Formationen werde, soweit es nach der Notverordnung notwendig ist, sichergestellt. Die Vorbereitungen für die Führerschule der Hitlerbewegung in Hildesheim würden eingestellt.

Anrufung des Staatsgerichtshofes?

Am Donnerstag waren die Führer der NSDAP in Braunschweig in Berlin verammelt und werden mit Hitler und den Juchern im Hotel Reichshof, welche Schritte gegen das SA-Verbot unternommen werden sollen, wachstümlich wird der Staatsgerichtshof anrufen werden; vor allem auch deshalb, weil, wie von nationalsozialistischer Seite verlautet, vielfach von der Polizei Material beschlagnahmt wurde, das nicht der SA, sondern der Partei gehört.

Aufruf Hitlers.

Der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, erläßt einen Aufruf, der sich an die Parteigenossen und an die ehemaligen SA- und SS-Männer wendet. Zum Schluß empfiehlt darin Hitler diesen: Ihr seid von jetzt ab nur noch Parteigenossen. Ihr erhaltet als Parteigenossen eure Pflicht, indem ihr euch in den Gassen und Ortsgruppen zur politischen Wahrheit als Parteigenossen freimüßig mehr als je zur Verfügung stellt. Gebt den augenblicklichen Macht haben keinen Anlaß, unter irgendwelchen Vorwänden die Wahlen auszuheben zu können. Wenn ihr eure Pflicht erfüllt, wird dieser Gehalt des Generals Groener durch andere Braunschweiger tauschbar auf ihn selbst und seine Bundesgenossen zurückfallen. Verliert nicht den Glauben an die Zukunft unseres Volkes, an die Größe unseres Vaterlandes und an den Sieg unserer Sache, die beiden dienen soll. Ich werde mein Bestes hergeben für diesen Kampf und damit für Deutschland. Denn trotz General Groener: Solange ich lebe, gehöre ich euch, und ihr gehört mir!

Beamte und NSDAP.

Scharfe Maßnahmen gegen nationalsozialistische Beamte in Baden.

Karlsruhe, 15. April.

Staatspräsident Dr. Schmitt verlas im Badischen Landtag eine Erklärung zum SA-Verbot, in der es u. a. heißt: Die badische Regierung begrüßt es, daß ihr seit Monaten wiederholt und nachdrücklich in Berlin von gener Wunsch erfüllt ist, die Regierung magnt die Beamten der Vegetationsbestimmungen der NSDAP, te u Glauben mehr zu schenken. Gegen diejenigen, welche sich trotz dieser Ermahnung im Sinne der NSDAP, oder der NSDAP betätigen, wird die Staatsregierung folgende Maßnahmen ergreifen:

Den außerparlamentarischen Beamten, den Angestellten und Arbeitern wird die Regierung das Dienstverhältnis u Namen der Gesetze kündigen. Gegenüber dem wieder u gehaltenen planmäßigen Beamten wird die Regierung u Ansehung der Verfassung der NSDAP, die unüberwindlichen planmäßigen e-anten haben diejenigen Folgen zu tragen, die sich auf Grund von Disziplinaverfahren nach Maßgabe der e-ehenden oder künftigen Gesetze ergeben. Im übrigen sind die logenanannten politischen Beamten in den einschlägigen R-stand zu versetzen. Bei dem Abzug und der badischen Staatsanwaltschaft sind die betreffenden Beamten vorzugsweise in Aussicht zu nehmen.

Die Staatsregierung erwartet, daß die G e m e i n d e n ähnlich verfahren. Wegen der Reichsbeamten und der Reichsbahnbeamten wird sich die badische Staatsregierung an die Reichsregierung wenden.

Abreise des Kanzlers nach Genf.

Berlin, 15. April.

Reichsanwalt Dr. Brüning hat nach einer ausgedehnten Kabinetsitzung, in der insbesondere über die Aufstellung des neuen Haushaltsplans und die Arbeitsbeschaffung verhandelt worden ist, in Begleitung des Reichspräsidenten und des Oberregierungsrats Pfand die Reise nach Genf angetreten. Die zuständigen Reichsbeamten sind der Arbeitsbeschaffung während der Abwesenheit des Reichsanwalts mit Nachdruck weiter betreiben.

Lausanner Konferenz Mitte Juni?

Am Tribute und europäische Wirtschaftslage.

Dondon, 15. April.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ erzählt, daß der 14. oder 16. Juni als Termin für die Konferenz der Lausanner Konferenz erogen wird. Es besteht Grund zu der Annahme, daß der Umfang der Konferenz gegenüber den ursprünglichen Plänen erheblich erweitert werde. Möglicherweise werde die Konferenz sich auch mit der finanziellen und wirtschaftlichen Frage der Dominantien zu befassen haben. Dies könnte zu einer allgemeinen Erörterung der Finanz- und Wirtschaftslage Europas führen.

Im Hinblick auf die großen unterschiedlichen Beziehungen des Wertes der von Deutschland geschickten Erbschaften wurde von der Möglichkeit einer neuen Bewertung durch eine besonders ernannte internationale Kommission gesprochen. Die Untersuchungen dieser Körperpflicht würden jedoch lange dauern.

Erbschaftsverträge in Genf.

Die Befragungen über die Erbschaftsverträge sollen gleich Anfang der nächsten Woche während der Anwesenheit des Reichsfinanzlers mit verschiedenen Untersuchungen mit Lardieu und MacDonald aufgenommen werden.

In englischen Kreisen legt man Wert auf eine möglichst eingehende Vorbereitung der Kaufmanns-Konferenz und betont, daß die gleichzeitige Anwesenheit von Simon, MacDonald, Brüning, Tardieu und Grandi eingehende Aussprachen und damit eine weitgehende Vorbereitung der endgültigen Einverständnisse der Kaufmanns-Konferenz möglich werden. Jedoch nicht in diesen Befragungen auch die Donaufrage und der weitere Verlauf der Abrüstungskonferenz; eine mögliche Rolle spielen.

Amerikanische Vorschläge zur Schuldenerregung.

Der Vizepräsident der Chase National-Bank und frühere Direktor des Berliner Büros des Reparationsagenten, Shepard Morgan, trat in einer Rede vor der Akademie für politische Wissenschaften für die

Streikung aller Schulden und Reparationen ein, falls Europa bereit ist, die aus dem Pariser Vertrag sich ergebenden Fragen in den nächsten zehn Jahren zu verzeihen. Morgan gab seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß die Streikung der Schulden für die Vereinigten Staaten im Hinblick auf eine Zunahme des Handels nur ein gutes Geschäft sein könne.

In Washington befristete sich der frühere Gouverneur von Neupost Alfred Smith, der von den Demokraten als Präsidentschaftskandidat in Aussicht genommen ist, ebenfalls mit der Schuld- und Erbschaftsfrage. In einer ansehenerregenden Rede legte er eine Schuldenerregung auf folgende Grundlage vor: Die Vereinigten Staaten standen für die nächsten 20 Jahre alle Schulden. In der Zwischenzeit liegen sie dem Nennwert der Schulden 25 o. S. des Wertes der in Amerika geflossenen Waren ab. Die Schuldenerregung soll dann nach 20 Jahren erfolgen. Für seinen Plan nannte er folgendes Beispiel: England zahlte jährlich für 100 Millionen Dollar in den Vereinigten Staaten. In diesem Jahr würden England jährlich 25 Millionen Dollar auf sein Schuldkonto gutgeschrieben werden. Die Schuldenerregung erfolgt dann nach 20 Jahren.

Grandi gegen Lardieu.

Eine bemerkenswerte Rede des italienischen Außenministers, — Italien für Abschaffung der Angriffswaffen.

Der italienische Außenminister Grandi legte sich in seiner mit Spannung erwarteten großen Rede im Hauptausgang der Abrüstungskonferenz mit dem Versuch Lardieu's auseinander, die Abrüstungskonferenz zu einer Sicherheitskonferenz umzugestalten. Grandi stellte zu nächst fest, daß er sich die amerikanischen Ideen und Vorschläge ganz zu eigen mache. Der Vortragsinhalt habe gezeigt, daß ein Angriff ohne große Angriffswaffen so gut wie ausgeschlossen sei. Gestützt auf diese Tatsache seien die Friedensverträge sämtliche Waffen, die einen unangriffsbaren Charakter trügen, unterchiedlos abzuschaffen worden. Aber nicht für die „Sieger“ (Red.). Die italienische Regierung lehnte die vollständige Abschaffung der schwereren Artillerie, Tanks, Bombenflugzeuge, U-Boote, U-Boote, Flugzeugträger sowie der chemischen und bakteriologischen Waffen vor.

Grandi lehnte sich dann eingehend mit den Ausführungen Lardieu's auseinander und betonte, daß die Abrüstungsfrage nur mit geschulten Menschenverstand gelöst werden könne. Der gesunde Menschenverstand habe die stärksten, löslichsten und beweglichsten Waffen die geeigneten Mittel eines jeden Angriffs seien. Es wäre unmöglich, auf der Abrüstungskonferenz die militärischen Erfahrungen des Weltkrieges zu übersehen. Staaten habe keine Verpflichtung unter besonderer Berücksichtigung der Entlohnung — im Rahmen der Friedensverträge ausgeübt. Praktisch bestünde die Aufgabe darin, die Abrüstungskonferenz zu einer Sicherheitskonferenz umzugestalten, in dem bestimmte Waffen als für den Angriff besonders geeignet festgelegt seien. Grandi mißtraute der französischen Auffassung, daß ein Staat nach dem Durchbruch des Weltkrieges ohne weiteres auch ein internationales Abrüstungspaktum brechen würde.

Grandi schloß: Das Ziel der Abrüstungskonferenz müsse nicht nur eine Begrenzung sondern eine wesentliche Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß sein. Die Widerstand der Waffen würde die folgenden beachtenswerten Auswirkungen haben: 1. die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit der Staaten würde gefährdet werden, 2. der Angriff würde weit schwieriger und gefährlicher werden, 3. die Wirtschaft des Weltkrieges und des Völkerbundspaktes würden gefährdet werden, 4. eine wahrhafte Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß würde ermöglicht.

Erneute Ausprägung von Zinnsammlungen.

Der Reichstag befristete sich in öffentlicher Vollziehung mit der Verlängerung des Schlichtungsabkommens und des Rapallo-Vertrages mit der Sowjetunion. Gegen den Artikel 4 dieses Vertrages, der die Metallbegrenzung festsetzt, wurde von den Vertretern mehrerer Länder Stellung genommen. Nach kurzer Debatte stimmte der Reichstag der Verlängerung der Verträge mit Mehrheitsbeschluss zu.

Weiter genehmigte der Reichstag die Ausprägung von weiteren 100 Millionen Mark in Zinnsammlungen. Bei dieser Gelegenheit wurde aus der Mitte des Reichstages der Wunsch geäußert, daß die Zinnsammlungen in Zukunft etwas feiner geprägt werden sollen. In der letzten Sitzung und Schluß der Sitzung wurde die Zinnsammlungen als ein wertvolles und schönes Stück zu einer förmlichen Landgabe geworden.

Deutsche Tagesschau.

Ausnahmen von dem Verbot von Versammlungen und Unruhen unter freiem Himmel.

Wie der Antilige Preussische Präsidentenrat mitteilt, hat der preussische Minister des Innern folgenden Erlaß an alle Regierungspräsidenten und Polizeibehörden gerichtet: An Abweichung von der Bestimmung des Abzuges 4 der Verordnung betreffend das Verbot von Versammlungen und Unruhen unter freiem Himmel vom 31. Oktober 1931 ermächtige ich die Regierungspräsidenten, in der Zeit vom 17. April 1932 bis auf weiteres auch für politische

Versammlungen und Unruhen unter freiem Himmel auf spätestens 24 Stunden vorher gestellte schriftliche Anträge Ausnahmen zu erteilen, sofern der friedliche und ungestörte Ablauf der Veranstaltung gewährleistet erscheint und sonstige Bedenken gegen die Einhaltung der Veranstaltung nicht bestehen.

Auslands-Rundschau.

25 Kommunisten in Warschau verhaftet.

Die Warschauer Sicherheitsbehörden haben im Zusammenhang mit den kommunistischen Vorbereitungen für den 1. Mai ein kommunistisches Werbebüro aufgelöst und 25 Personen verhaftet. Während der Hausdurchsuchung fanden größere Geldsummen in die Hände. Unter den Verhafteten befindet sich auch ein Mitglied der kommunistischen Handelsvertretung in Warschau namens Martus.

Freie irische Republik geplant.

Der Dubliner Reichsrichter des „Daily Herald“ glaubt versichern zu können, daß der irische Ministerpräsident de Valera nach Abschaffung des Treueides und nach Einstellung der Entschädigungszahlungen an England sofort neue Parlamentswahlen veranstalten wird, in denen das Volk der irischen Regierung die Vollmacht zur Eröffnung einer vollkommen freien und unabhängigen irischen Republik erteilen soll. Wie weiter gemeldet wird, bestreift die irische Regierung die Eröffnung einer Fabrik für Munition und hochexplosive Stoffe, während bisher die Munition für das irische Heer größtenteils aus England eingeführt wurde.

Kleine politische Meldungen.

Das diplomatische Corps bestaunlich Hinderburg. Reichspräsident von Hinderburg empfing am Donnerstag den Apollonischen Kurier, der ihm als Dolmetsch des diplomatischen Corps seinen Glückwunsch zu seiner Wiederwahl überbrachte.

Die internationale Arbeitskonferenz in Genf mußte den deutschen Vertreter, Ministerialdirektor Dr. Oriele, zum Vorliegenden des Ausschusses für die Ausarbeitung eines Abkommens über die Alters- und Invalidenversicherung.

Arbeitsbeschaffungsprogramm eines Kardinal-Erzbischofs. Der Kardinal-Erzbischof von Paris, Berthier, hat eine Anleihe von 20 Millionen Franken aufgelegt, die sofort überzinsbar wurde. Die Art ist zum Bau verschiedener Kirchen bestimmt, um auf diese Weise Arbeit zu beschaffen.

Der Christlich-Sozialer Volksdienst an den Kanzler.

Der Fraktionsvorsitzende des Christlich-Sozialen Volksdienstes hat an den Reichskanzler Dr. Brüning das folgende Telegramm geschickt: „Nach der mit überwältigender Mehrheit erfolgten Wiederwahl des Herrn Reichspräsidenten von Hinderburg erwartet der Volksdienst von der Reichsregierung die entschlossene Durchführung des Kampfes um die Befreiung von den Erbitten und für die Durchsetzung der Gleichberechtigung Deutschlands in der Abrüstungsfrage. Die moralische und wirtschaftliche Belastungsgrenze des deutschen Volkes ist längst weit überschritten. Nur rasche und endgültige Liquidation der politischen und wirtschaftlichen Kriegswirungen durch Revision des Versailler Vertragsystems kann Deutschland und die Welt vor der Katastrophe retten. Wir erlauben Sie, ich verleihe Ihnen mein Bestes, bringe die Vertreter der Reichsmächte in Genf mit schmerzlicher Offenheit auf die Notwendigkeit sofortigen Handelshinweises aus Simfandier.“

Aus der Umgegend.

Neuba, 16. April.

Wir wollen uns freuen! Jeder anerkannt schaffende Mensch braucht Stunden der Ruhe, in denen er sich einmal ungestört der Freude widmen kann. Wer trosten Mut mit in den Alltag nimmt, dem wird dadurch keine Arbeit noch einmal so leicht. Ein Landmann, dem am Morgen, eine frische Weisse summt, aus Wert geht, hat auch bald das Schwerkste vollbracht. Wie oft droht der Mensch bei einer langwierigen, schon immeren Arbeit zu verzweifeln. Da gilt es, einen festen inneren Halt zu finden, den auch größte Enttäufung nicht zu zerbrechen vermag. Und all jene vielen, die nicht mehr arbeiten dürfen, brauchen natürlich erst recht wirkliche echte Freude, um mit ihrem Schicksal fertig zu werden. Das meiste von dem, was man so Freude nennt, verdient diesen Namen freilich nur wenig. Es fehlt vielen Menschen einfach das Unternehmungsvermögen für gelinde Frohsinnigkeit. Sie verwechseln Vergnügen und Lust mit Freude. Echte bleibende Freude ist nur in der Richtung zu finden, die der kommende Sonntag „jubilate“ weiß. Hier haben wir es mit einer Quelle zu tun, die niemals verliert ist — ob der Dreißigjährige Krieg tobte — ob Deutschland unter der Anführerschaft Napoleons litt — ob ein Völkerringen wie das letzte die Sinne aller zu verwirren drohte ob die ganze Welt unter den Folgen der Arbeitslosigkeit und des Wirtschaftskrisens leidet. Wenn in den Gottesdiensten weiter verhandelt werden wird: „Eure Traurigkeit soll in Freude verkehrt werden!“ so gilt das auch dem modernen Menschen, denn es ist ja Christus, der ihm diese Verheißung gibt, Christus, der den Tod und die Welt überwinden hat.

— Kirchliches Am Sonntag, den 29. Mai, soll, so Gott will, das diesjährige Missionsfest des Kirchentages Freiburg in Neuba gefeiert werden. Der Festgottesdienst wird voraussichtlich um 2.30 Uhr nach. gehalten werden, im Anschluß daran um 4 Uhr ist die Nachverammlung im Freien oder in einem Saal. Schon jetzt wird gebeten, diesen Sonntag nicht mit anderen Veranstaltungen zu belegen. — Von morgen ab soll der Kindergottesdienst der jüngeren Abteilung wieder vormittags 11.15 Uhr im Gemeindefaß stattfinden.

— Von der Schule. Der Lehrer an der hiesigen Volksschule, Herr Wilhelm Boige, bestand vor der Prüfungskommission der Regierung zu Merseburg seine Prüfung für die entgeltliche Anstellung als Volksschullehrer mit dem Prädikat „Gut!“

— Wahlversammlung. Am Anrücken der Ortsgruppe der D.M.P. spricht am Sonntagabend 3.30 Uhr im Schützenhaus zu Neuba Herr Boiger aus Naumburg über die Bedeutung der Wahl zum preussischen Landtag. Alle Wähler sind dazu eingeladen.

— Hindenburg-Konzert in Neuba. Im allgemeinen ist die wirtschaftliche Not in allen Ständen eingetreten. Aber trotz aller Notenschnitts dürfen sich all diejenigen glücklich schätzen, deren die Gesundheit als höchstes Gut erhalten geblieben ist. Wo letzteres fehlt, da ist es freudlos ringsum. Und doch müssen all diejenigen, die das schwerste Los betroffen hat, ihr Kreuz tragen, aber der gesunde Teil der Volksgenossen hat die Pflicht, den Verarmten der Armen die Last dadurch etwas zu erleichtern, daß die Erbarmensorgane tragbar werden. Dazu bietet das im Angeheißel angelegte Hindenburg-Konzert am kommenden Sonntag im „Freib.“

Sof“ zu Neuba Gelegenheit. Mächtig recht viele dafür sorgen, daß den ausführenden Hindenburg ein voller Erfolg beschieden ist. Diese erkrankten Wollfreunde vertrauen den Ertrag des Konzerts nicht für sich, sondern sie kommen für die ihnen Wohl dienende Anzahl, die ja selbst sämtlich in größter wirtschaftlicher Not sich befinden.

— Am Gashaus Wendenstein wird am Sonntagabend eine Unterhaltungsmusik seitens der Eperberber Kapelle geboten. Der jetzige Bewirtschaftler der Gashäuser hat bereits hohe Aufwendungen gemacht, die Wirtschaftsstärke natürlich auszugleichen, um den bei sich Entfremden den Aufenthalt angenehm zu machen.

— 50 Jahre „Schwarzes Roß“ in Jiegelroda. Am morgigen Sonntagabend findet in Jiegelroda von abends 8 Uhr an ein Jubiläum-Konzert der Jiegelroder Stadtkapelle statt, zu dem der jetzige Inhaber all die Freunde jetzt aufbestimmen, gemächlichen Gashäuser als Besucher erwartet. Weniger unter dem Namen „Schwarzes Roß“ ist uns allen der freundliche Gashöf geblieben, vielmehr der Name des Wertes einen guten Klang, man sagt: „Wir treffen uns bei Dammhölzlers“. Bis einige Jahre nach dem Kriege bewirtschaftete den Gashöf noch der Begründer, und seit dem Heimgang dieses Mannes, immer freundlichen Wertes übernahm ihn sein Sohn. Abgabe die Gashäuser weiter sich entwickeln wie bisher und allen Besuchern gute Erholung und frohe Stunden bieten.

— Berufsberatung. Am Dienstag, den 19. April, hält die Berufsberatung aus dem Arbeitsamt Halle wieder Vorträge von 16—18 Uhr in der Arbeitsstelle des Arbeitsamtes zu Quersitz, Altpf. 13, ab, erteilt Berufsberatung und übernimmt Vermittlung von Auszubildenden. Alles kostenlos. Schulzeugnisse, berechnete Arbeitsproben, von Schülern abzugeben und Arbeitsproben mitzubringen. Diesmal sind Frauenberufe an der Reihe. Mitglieder jeden 3. Dienstag im Monat. Die Berufsberatung ist auch im Arbeitsamt Halle selbst erreichbar. Näheres in unserer Geschäftsstelle.

— Röhrlchen. Generalarm erkrankte Donnerstagabend zwischen 7—8 Uhr im Ort. Nach wurde bekannt, daß der Zufuhrort die Frau. Feuerwehr angefordert sei. In ganz kurzer Zeit nach dem Alarmklang rückte die Kompanie vollständig mit ihren Löscharäten im Ortsposten ab und griff sofort am Brandherd fräftig zu. Ueber den Brand und dessen vermeintliche Entstehung erfahren wir folgendes: Donnerstag gegen 7 Uhr abends bemerkten die im ehemaligen Kasernegebäude der Zufuhrort wohnenden Beamten, daß in einem Raume unter ihnen starke Rauchentwicklung sich zeigte. In diesem Raume sind neue ungebrauchte Heizkessel in erheblicher Zahl gelagert. Die Säde löhnten durch Schlingensiedung in Brand geraten zu sein. Die herbeigekommene Feuerwehr beteiligte sich eifrig mit an dem Ausräumen der Säde und an der Befreiung des Brandherdes. Gegen 9 Uhr war jede Gefahr vorüber. — Der entstandene Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

— Ein wirtschaftlicher Fortschritt für unser Ort ist die Einrichtung einer Kraftfahrzeugführer-Schule, die Herr Wilh. Becker seiner weithin bekannten mechanischen Werkstätte angegliedert hat. Bisher mußten alle diejenigen, die sich in die Lenkerei des Kraftfahrzeuges einleben wollten, nach auswärts wenden, und das war immer mit Zeitverlust verbunden. Jetzt kann das am Ort erreicht werden, wodurch eine Berufsberatung sich nahezu ganz vermeiden läßt.

— Jiegelroda. Die hiesige Volkshilfsstelle befindet sich jetzt im Hause des Herrn Karl Drecher, dem früheren Schumann'schen Grundstück am Schmiedsteig.

— Artren. Dem Schöffengericht Saurobachen wurde der Hauptvernehmer Friedrich Binder von hier wegen Unterschlagung von Geldern der Artenerer Dirschenbacher, deren Kanzler er mehrere Jahre war, zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

— Gangerhagen. Der Brand der Volksschule am 23. Februar d. J. stand am 12. April zur Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht. Angeklagt war der frühere Arbeiter Paul Schumann, der seit 1930 die Saumschulstube an der Schule verließ. Er hatte bereits bei der polizeilichen Vernehmung angegeben, einen Jagretenschein in das auf dem Boden der Schule um den Wasserbehälter laufende Rohr hineingeworfen zu haben, wodurch das Feuer entzündet sein könne. Er wiederholte zwar im Termin sein früheres Geständnis, das Gericht kam jedoch zu der Überzeugung, daß die banale Darstellung des Herganges richtig war und verurteilte den Saumschüler zu 1 Monat Gefängnis bei einer Bewährungsfrist von 3 Jahren, außerdem zu 100 RM. Geldstrafe.

— Quersitz. Vermittelt wird seit einigen Tagen der Berliner Otto Winderwald von hier. Gerichte, daß er im Stadtwald oder im Jiegelroder Forst erhängt aufgehängt worden sei, sind bisher nicht bestätigt. Otto Winderwald ist 52 Jahre alt. Personalbeschreibung: mittelgroß, gebaute Statur, glatte, kurz geschnittene graublonde Schürbrat, spitze, blaues Gesicht, eingestülpte Waden; Kleidung: grauer Suit, kurzer Mantel aus Militärstoff, grauerer Jackett, blaue Weste. Sachverständige Mitteilungen werden an die Polizeiverwaltung in Quersitz erbeten.

— Neumark (Gefäß). In den Witzingshausen erkrankte sich in den hiesigen Gedingen ein schwerer Unfall, durch den zwei Kinder getötet wurden. Der zwölfjährige Sohn eines Schlossers hatte sich mit Gartenarbeiten beschäftigt und dabei zum Dingen Jauche aus einer Grube entnommen. Er versagte aber, die mit Brettern überdeckte Grube wieder zu schließen. Als er nach einiger Zeit an die Jauchegrube kam, waren keine beiden Gefäßwände noch sechs und einem Jahr in die Grube gefallen. Die Wiederbelebungsvoruche blieben leider erfolglos, da der Tod durch Erstickung eingetreten war.

— Neumark. Bekanntlich wurde laut Bescheid in der letzten Gemeindevertreterwahl den Erwerbslosen billiges Gartenland zur Urbarmachung zur Verfügung gestellt. Jetzt sind zahlreich Arbeitslose dabei, die Flächen zwischen Gashöf Ludwig und Landbürgerhaus und hinter der katholischen Kirche in Anspruch zu nehmen und allerlei Gemüse, Nutzpflanzen usw. anzupflanzen. — Aus einem der Neumarkhäuser hürte kürzlich ein etwa einjähriges Kind vom Fenster herunter. Innere Verletzungen waren die Folge.

— Eperberber. Der Arbeiter Karl Helmig in Eperberber erkrankte an der Droschmaschine auf dem Rittergut Eperberber einen Unfall. Als der Apparat verstopft war, wollte Helmig den Fehler beseitigen, kam aber dabei dem Getriebe zu nahe und blieb mit den Fingern in den Nockenraum hängen. Er blieb

nach die Geistesgegenwart, mit der rechten Hand das Gegenstück aufzuhalten. Der Zeigefinger der linken Hand wurde dabei gerammt.

Naumburg. Der Kohlenhändler Franz Stroeda aus Bad Kösen hatte beim Kalzert Frenking in Freyburg a. U. eine Fahre Raß gefohlt. Er hielt vor der Heimfahrt sich auf die Wagenbesetzung, um den Pferden die Deuten abzunehmen. Blösiglich gegen die Pferde an Stroeda kam zu fall und wurde überfahren. Am Naumburger Krankenhaus starb er an den erlittenen inneren Verletzungen.

Naumburg. Nachts entwich der Strafgefangene Bruno Bär aus Duertur aus einer Barade des Arbeitskommandos „Staattliche Weinbauverwaltung Saalhäuser“, dem er zugeteilt war.

Weissenfels. Zwei junge Leute wurden in später Nachtstunden in der Nähe der Stadions von mehreren Personen überfallen und mit Messern und Schlagringen bearbeitet und erschlagen. Für die Ergreifung der Täter hat ein überfallener eine Belohnung ausgesetzt.

Groß-Gelstorf (Kr. Weissenfels). In der Gellstewiger Flur fand ein Gutespinner, einen jungen Mann der seinen Fahrrad auf. Bei der Untersuchung durch die Landjäger ergab sich unzweifelhaft, daß Selbstmord vorliegt. Der junge Mann hatte sich mit einem Selbstmörder erschossen. Die weitere Untersuchung wird nähere Aufklärung über den Grund zur Tat bringen. Wie jetzt hat man festgestellt, daß es sich um einen etwa 24 Jahre alten und in Groß-Gelstorf bei Osterfeld beschäftigten jungen Mann handelt. Er hat an diesem Ort bei einem Bauern neun Jahre gearbeitet.

Nempitz (Kr. Merseburg). Nachts wurden dem Landwirt John 30 Hühner aus dem Stall gestohlen. Auch in Ammenborn drangen Diebe in den Hühnerstall. Sie wurden jedoch bemerkt, konnten aber flüchten. In einem Stall ließen sie acht geschlachtete Hühner zurück. In beiden Fällen konnten die Täter noch nicht ermittelt werden.

Falkenberg b. Halle. Auf dem Bahnkörper der Strecke Halle-Corau fand ein Automotivführer eines Güterzuges eine männliche Leiche, deren Kopf völlig abgetrennt war und einige Meter vom Rumpf entfernt lag. Wie man feststellte, handelt es sich um den Lehrling Ludwig Bismarck aus Magdeburg, der bei einem Bädermeister in Falkenberg lebte. Es ist völlig unerklärlich, welche Beweggründe den Jungen in den Tod trieben.

Torgau. Das dreijährige Töchterchen eines Dentisten stürzte aus dem zweiten Stock in den Hof. Es blieb zuerst an einem Haken im ersten Stockwerk hängen, dann rief der Schlafzimm, und die kleine Stütze übernahm, diesmal auf einen Tisch, wo gerade das Bettler aufgeschrien war, so daß der Körper weit fiel. Außer Fleischwunden hat das Kind, das übrigens schon zweimal ähnlich Stürze überstanden hat, keinen Schaden erlitten.

Halle. Ein dreijähriger Knabe fiel am Mittwoch nachmittags in Wöllberg in die Saale und ertrank. Die Leiche konnte geborgen werden.

Halle. Das Institut für Leibesübungen an der Unterstadt hat sich in den Dienst der Förderung der Sportsports- und Turnbewegung und seine Geräte, seine Anlagen und Geräte den arbeitsselbstständigen Bürgern zur Verfügung gestellt. Vorläufig wurden zwei wöchentliche Übungsstunden auf dem Universitäts-Sportplatz für Männer und eine für Frauen festgesetzt.

Halle. Das Braune Haus ist bis auf die Barreiegeschäftsstelle geschlossen worden. Vor dem Gebäude hatte sich während der Polizeitation eine große Menschenmenge angesammelt. Die festlich mit dem Gummihandel gerüstet wurde. Mehrere Personen mußten den Weg zur Waage antreten.

Halle. Am hiesigen Gericht kam es am Mittwoch vormittag zu einem aufregenden Zwischenfall. Als ein Angeklagter nach Beendigung seines Termins wieder in das Gerichtsgelände zurückgebracht werden sollte, entwich der Polizeibeamten das Seitengewehr und schlug an sich. Er konnte erst mit Unterstützung zweier Justizbeamten überwältigt werden.

Halle. Stadtoberkretar Böhre stand am Dienstag vor dem Schöffengericht, mit ihm der 23jährige Arbeiter Haller und der Zuführer Pfeifer. Bekanntlich hat Haller Anfang Dezember im Treppenhaus des Jugendamtes auf Göhre einen Revolverstoß abgegeben. Nach kurzer Zeit stellte sich heraus, daß gegen Göhre ein Verfahren wegen Amtsunterschlagung und Untreue besteht, das er durch einen vorgeschickten Raubüberfall vertuschen wollte. Aus der Untersuchungshaft vorgeführt sagt Göhre, daß ihm auch eheliche Zwistigkeiten und unbefriedigende Arbeitsverhältnisse dazu gebracht hätten, aus dem Leben zu scheiden. Da er aber keinen Selbstmord begehen wollte, habe er Pfeifer gegeben, ihn zu töten, und ihm 370 Mark gegeben. Pfeifer beauftragte seinen Schwager Haller mit der Tat. Als er in das Jugendamt kam, gab Göhre ihm wortlos eine Waffe. Haller steckte aber nicht auf das Herz, sondern in, daß Göhre nicht getötet werden konnte. Die Waffe ist noch nicht ermittelt. Der Verdacht eines hochgradigen Verführungsbetruges ist fallen gelassen worden. Während Göhre nur wegen unerlaubter Waffenführung und Überlassung der Waffe an einen anderen einen Monat Gefängnis erhielt, wurden die beiden anderen wegen gefährlicher Körperverletzung, ver-

botener Waffenführung, bzw. Anstiftung dazu zu je neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Verfahren gegen Göhre wegen Amtsunterschlagung und amtlicher Untreue befindet sich noch im Stadium der Voruntersuchung.

Die Beschlüsse der mitteltätigen Wirtschaft zu erhalten. Im Geschäftsbereich wies Syndikus Dr. Wolf, Magdeburg, u. a. darauf hin, daß die Preisabbaufaktion fast ausschließlich zu Lasten von Handwerk und Gewerbe gegangen wäre. Die Not zwinge schon die Handwerker von allein dazu, recht billig zu zwingen. Die Abbaufaktion habe die Landwirtschaft und die Kaufkraftförderung gefördert. Bei den Sondermaßnahmen mögen nur die Landwirtschaft mündete der Redner eine bessere Berücksichtigung der handwerklichen Forderungen, doch folge kein Keil zwischen Handwerk und Landwirtschaft getroffen werden. Weiter behandelte der Redner die Probleme der Schwarzarbeit und Viehbetriebe und forderte entsprechende Bestimmungen zum Schutze des Handwerks.

Zum Schluß wurde mitgeteilt, daß der Bundesverband nach in dieser Woche einigig die Maßnahme des Mitteldeutschen Handwerkerbundes ausgeben werde.

Domersleben (Kr. Anzeleben). Hier verlorste eine Frau, die vom Gemeindevorsteher nicht die erwartete Unterstützung erhielt, auf nicht alltägliche Weise ihren Willen durchzusetzen. Sie brachte nämlich ihre drei Kinder in das Gemeindebüro und der Gemeindevorsteher sollte zusehen, wie er ihre drei Kinder nach Hause in die schönsten Zeiten bringen würde. Sie fand aber wenig Gegenliebe für ihre Ansicht.

Quedlinburg. Im Gebiet östlich des Hates, innerhalb des Bereichs der Domäne Spadeleben, hat man in den Bohrgängen nach Erdöl begonnen. Das Nutzungsrecht hat betamlich die Gewerkschaft Spandau (Preußag).

Häfeland. In der Hermannshöhle wurde jetzt die neuerrichtete „Eman-Grube“ mit „Eman-Grube“ der Hämlichkeit übergeben. Um die Erhaltung dieser beiden reizvollen Höhlenstelle hat sich die Gesellschaft für Höhlenforschung im Harzgebiet und im besonderen der Harzer Höhlenforscher Dr. Friedrich Stölber verdient gemacht. Die Dismengruppe bildet die höchste Stelle der Hermannshöhle. An dem See sollen Dime, etwa 25—30 Zentimeter lange molartige Tiere, ausgelegt werden.

Thuland (Anhalt). Der graufige Werd an dem Bädermeister Ehrhardt in Thuland, der spät abends vor seinem Hause von hinten erschlagen und in den Hausflur gelegt wurde, wird wieder in Erinnerung gebracht. Bei den Räumarbeiten im Dorfteil der Bäder fand man im Schlamme das Schiffschiff des Ermordeten. Der Fall ist bis heute unaufgeklärt geblieben.

17 Vorschläge zur Preußenwahl.

Merseburg. Der Wahlreisenausschuss des Wahlkreises Halle-Merseburg trat im Sitzungssaal der Regierung zusammen, um über die eingehenden Wahlvorschläge zu entscheiden. Vom Kreiswahlleiter wurden 17 Vorschläge zur Genehmigung vorgelegt und angenommen. Die Vorschlagsliste sieht demnach so aus:

1. Sozialdemokratische Partei;
2. Deutsche Volkspartei;
3. Deutsche Zentrumspartei;
4. Kommunistische Partei;
5. Deutsche Volkspartei;
6. Volkspartei;
7. Reichsp. d. dt. Mittelst. (Wirtschaftspartei);
8. Deutsches Landvolk (Christl.-nat. Bauern- u. Landvolkpartei);
9. Nationale Front deutscher Stände (Junge Rechte);
10. Deutsche Staatspartei;
11. Nationalsoz. Arbeiterpartei;
12. Landwirte, Haus- und Grundbes.;
13. Groß- u. Klein- u. Gewerbl.;
14. Chr.-soz. Volksdienst;
15. Sozialistische Arbeiterpartei;
16. Politische Volkspartei;
17. Einheitspartei für mehr Volkswirtschaft (Sozialistische Bewegung Deutschlands).

Neues aus aller Welt.

Ueberchwemmungen in der Ukraine. Der Dniepr und der Dnepr sind stark getrieben. Mehrere Dörfer sind unter Wasser. Besonders die Umgebung von Tiraspol wurde stark heimgesucht.

Englische Polizei sucht Lindbergh-Kind. Wie „Daily Herald“ meldet, ist die englische Polizei auf der Spur des amerikanischen Gangsters Harry Pflieger, der kurz nach der Entführung des Lindbergh-Kindes in Begleitung seiner Frau und eines kleinen Kindes in einem Washingtoner Hotel

Abdungen genommen hatte und daher mit der Entführung in engeren Zusammenhang gebracht wird. Er sei zuletzt in St. Johns (Neufundland) gesehen worden und dann nach Halifax (Neuschottland) weitergereist. Man vermutet, daß er von dort nach England abhilt.

Sechs Tote bei einem Großfeuer. Sechs Personen kamen bei einem Großfeuer in einer dichtbevölkerten Arbeitergegend im Osten New Yorks in den Flammen um, darunter eine Mutter mit ihren vier Kindern.

Flugzeugunglück. Schmer verunglückte bei der Kommandeur der spanischen Streitkräfte in Marokko, General Gomez, der sich an Bord eines Militärflugzeugs in Begleitung des Chefs der spanischen Luftstreitkräfte in Marokko von Mexiko nach Tetuan begeben wollte. Das Flugzeug verlor infolge eines heftigen Sturmes das Gleichgewicht und stürzte ab.

Urteil im Verteidigungsverfahren Eingaun-Müller. Wegen verleumdlicher Beledigung im Sinne des § 186 NStB. ist die frühere Krankenpflegerin Flora Müller vom Reichsgericht in Leipzig zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Es handelt sich um die Schwester Flora Müller, die den Direktor des Krankenhauses St. Elisabeth, Dr. Lehmann, auf der Straße niedergebissen hat, und die, um diese Tat innerlich zu begründen, die übelsten Behauptungen über die Oberin, Frau Eingaun, ausgebreitet hat. Das Gericht hat angenommen, daß auch nicht ein Wort aller Behauptungen bewiesen worden sei.

Zum Tode verurteilt. Der 23jährige Schuhmacher Ferdinand Stille aus Groß-Hennich (Kreis Soltz) wurde vom Schwurgericht in Breda den wegen Mordes zum Tode verurteilt. Der Angeklagte wird beschuldigt, in der Nacht zum 8. Oktober 1931 die jugendliche Hausstochter Wilhelmine Köpfer aus Groß-Braunstedt, mit der er ein Verhältnis hatte, vorläufig und mit Ueberlegung getötet und dann, um einen Selbstmord der Köpfer vorzutäuschen, auf die Eisenbahnschienen gemurgen zu haben. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten des Mordes für überführt und nach zweifelhafte Beratung verurteilte das Gericht das Todesurteil.

Wochensdatterbericht.

Mitgeteilt von der Landes-Betriebsratweiser.

Nach Abgang der letzten Schauer aus Nordwest ist Bewölkung und Aufhellung eingetreten. Wir befinden uns heute auf der Rückseite eines schwachen Hochdruckfeldes. Vom Westen rüden die Ausläufer eines Nordweststiefs heran, die heute schon der Kanalstille Regenfälle bringen. Der Luftdruck fällt. Eine lange dauernde Berührung ist nicht zu erwarten, wohl aber Erwärmung durch starke Entfröhlung und durch Zufuhr milder Südwindmassen mit vereinzelten Regenfällen.

Spiel und Sport.

Polizei-Verein für Leibesübungen Weissenfels/G. I. Herren (Weißer des C-Bestirkes) am

Nebrar Sportvereinigungen 1924, Nebra/U. I. Herren (Weißer des C-Bestirkes) leben sich

Sonntag, den 17. April, nachm. 3 Uhr auf dem N.E.S.-Sportplatz im 2. Entschiedungsspiel um den Aufstieg in die Liga gegenüber.

Der morgige Sonntag soll die Entschiedung bringen, ob unsere 1. Mannschaft noch Aussicht hat, in die erste Klasse aufzusteigen. Im 1. Entschiedungsspiel mußte unsere 1. Elf mit 3 Erklärungen den Sieg Hohemündeln überlassen, hat aber für morgen nochmals Gelegenheit, sich die weitere Anwartschaft zu erringen, wenn sie einen Sieg über die Polizei herausholt. Die Ordnungshüter werden natürlich morgen mit ihrer besten Garnitur nach Nebra kommen, um nicht Schiffbruch zu erleiden. Die Polisten verfügen 3:1 über eine gut eingeleitete Elf, die bereits günstige Resultate gegen bekannte Leipziger Liga-Vereine und gegen unsere Gen-Liga-Vereine herausgeholt. Es wird also immer sein, den Sieger im Voraus zu sagen, doch dürfte nach dem Ordnungshüter ein Plus einräumen, da sie den N.E.S.ern fortwährend überlegen sind und einen durchschlagsträgeren Sturm zur Verfügung haben. Wollen wir nun hoffen, daß unser Sturm alle jäh bietenden Gelegenheiten voll und ganz ausnützt, dann könnte auch ein günstiges Abschneiden zu erwarten sein. Da mit hochinteressantem Sport zu rechnen ist, sollte es morgen kein Bürger veräumen, sich dieses Entscheidungsspiel anzusehen. Deshalb für morgen Parole: „Auf zum N.E.S. Sportplatz zum Weissenfels-Spiel“. Als Leiter für dieses Spiel ist der hier bestens bekannte Schiedsrichter Gräber (N.E.C. Naumburg) angelegt. Als Einleitungszeit werden sich um 13.30 Uhr N.E.S. 24 3. Herren und T.A.N. Weissenfels 4. Herren vorstellen. Die 2. Mannschaft, welche im Entschiedungsspiel der Gaunersfelder der 3. Klasse antreten sollte, wird voraussichtlich in Freyburg am 18. April des Entscheidungsspiels im 1. N.E.S. Freyburg an einem Pokaltourier teilnehmen. Näheres siehe Auswahllisten am Sonnabend. Die Aufstiegsliste in dieser Klasse werden voraussichtlich am 24. d. Mts. beginnen.

Allen Eltern möchten wir aber nochmals ans Herz legen, ihre Kinder nicht unbeaufsichtigt auf den Sportplatz zu lassen, da wir für evtl. entstehenden Schaden (durch Anschließen) nicht aufkommen.

Kirchliche Nachrichten

Sublute, den 17. April 1932.

Sonntagspredigt: „Die auf den Herrn harrten, erliegen neue Kraft“ (Jes. 40, Vers 31)

10 Uhr: Hauptgottesdienst in der Kirche. (Pred. über 1. Petri 2, 11)

11 Uhr: St. Hildegarde Jugendkinderchor.

12 Uhr: Rinde Gottesdienst für die ältere Jugend in der Kirche

Mittwoch, 20. 4., abends 8 Uhr: B-Bestunde im Gemeindefaal, Freitag, 22. 4., abds. 8 Uhr: Jungmänner-Verein im Gemeindefaal

GEWINNBRINGENDE BEWIRTSCHAFTUNG des Bodens

ist die Vorbedingung für die Gesundung der deutschen Landwirtschaft. Ausreichende Düngung mit Chilesalpeter bedeutet eine gute Ernte; eine gute Ernte sichert höhere Gewinne.

Die schnelle und zuverlässige Wirkung von Chilesalpeter beruht auf den einzigartigen Eigenschaften:

1. Chilesalpeter, das Naturprodukt, enthält 15 1/2—16% reinen Salpetersäurestoff in leicht löslicher Form, der von der Pflanze direkt aufgenommen wird.
2. Chilesalpeter ist ein alkalisches Stickstoffdüngemittel, das der Bodenversauerung entgegenwirkt.
3. Chilesalpeter enthält neben verschiedenen wertvollen Salzen das für Pflanze und Tier lebenswichtige Jod.
4. Chilesalpeter zeichnet sich durch eine gute Streufähigkeit aus.

AUSKUNFT

über die zweckmäßige Verwendung erteilt:

Chilesalpeter G.m.b.H., Landwirtschaftliche Beratungsstelle, Berlin W 9, Bellevuestraße 11 a

CHILESALPETER
bedeutend billiger

